

BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES VOM 23. JUNI 2020

WEITERENTWICKLUNG DES SOZIALSTAATES

Präambel

Der Hauptausschuss des Landesjugendrings NRW beschließt die folgende Positionierung zu Fragen des Sozialstaates. Der Beschlusstext ist zu verstehen als grundsätzliche Positionierung des Landesjugendrings NRW zu sozialpolitischen Themenfeldern und dient dem Vorstand und allen weiteren Gremien des Landesjugendrings NRW als Grundlage ihrer politischen Arbeit.

Initiativen in Richtung Politik und Gesellschaft sollen in diesen Themenfeldern anlassbezogen und in Verantwortung des Vorstands und der entsprechenden Gremien erfolgen.

Einführung

Unter Sozialpolitik fallen „alle Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, vor allem die Sicherung eines ausreichenden Einkommens [...] zu gewährleisten.“¹ Darüber hinaus soll die staatliche Sozialpolitik den sozialen Frieden in der Gesellschaft aufrechterhalten.

Kinder und Jugendliche sind von sozialpolitischen Fragestellungen unmittelbar betroffen – von der Geburt an bis zum eigenen Berufseinstieg. Sie haben universelle Rechte auf Erziehung und Fürsorge, Bildung, Teilhabe und Schutz. Diese Rechte sind unabhängig von Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, geistigen und körperlichen Fähigkeiten, Geschlecht, sexueller Orientierung, Lebensentwürfen oder Bildungshintergründen.

Von einer jugendgerechten Sozialpolitik spricht der Landesjugendring NRW daher, wenn sie soziale Spaltungen in der Gesellschaft überwindet und allen Kindern und Jugendlichen eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft ermöglicht. Sie ist dann erfolgreich, wenn sie Chancengleichheit in Bezug auf Zukunftsperspektiven schafft und Aufstiegschancen ermöglicht und befördert.

Sozialpolitische Entscheidungen werden in Europa, in Deutschland, in NRW und in den Kommunen getroffen. Auf all diesen Ebenen sind die Bedürfnisse und Meinungen Kinder und Jugendlicher zu berücksichtigen!

¹ <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20654/sozialpolitik>

Sozialraum Europa

Junge Menschen erleben Europa als ein grenzenloses Europa. Sie sind qualifiziert und doch leiden gerade sie unter Arbeitslosigkeit – trotz der europäischen Jugendgarantie.² Sie leiden außerdem unter unfairen Bedingungen, wie die nicht vorhandene Chance in die Sozialsysteme zu gelangen, da sie in keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen kommen, oder Altersdiskriminierung. Diese erfolgt beispielsweise durch eine Staffelung des Mindestlohns in einigen Ländern, durch die junge Menschen einen niedrigeren Mindestlohn erhalten. Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa sinkt zu langsam und junge Menschen werden dadurch schon vor ihrem Eintritt ins Arbeitsleben von der Teilhabe an der Gesellschaft und Wohlstand abgeschnitten. Der Übergang von Ausbildung in den Berufseinstieg gelingt oft nicht, erfordert hohe, unfreiwillige Mobilität von jungen Menschen, oder sie arbeiten lange Zeit in (unbezahlten) Praktika und unter prekären Arbeitsbedingungen.

Die Europäische Union muss mehr als nur eine Aufforderung, wie sie in der EU-Jugendgarantie erfolgt ist, an ihre Mitglieder ausgeben.

Wir fordern...

- die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen, die Sicherung von Perspektiven vor Ort.
- das Ende von Altersdiskriminierung.
- die Förderung des Ausbaus eines fairen Sozialsystems für alle in der EU lebenden Menschen mit allen erforderlichen finanziellen Mitteln. Nur so können die einzelnen Mitgliedsstaaten gemeinsam als Europäische Union einen europäischen Arbeitsmarkt gestalten.

Migration & Integration in Europa

Europa ist das Ziel vieler Geflüchteter, aber auch von vielen Migrant_innen. Sie versprechen sich hier ein besseres Leben, mit mehr Chancen und einer höheren Sicherheit. Die Europäische Union könnte ein chancengleiches und sicheres Leben für alle Menschen bieten. Doch die EU droht diese Hoffnungen zu enttäuschen und daran zu zerbrechen. Wenn schutzsuchende Menschen vor europäischen Grenzen im Stich gelassen werden, enttäuscht sie in ihren humanitären Grundfesten. Die Chancen und das gute Leben in Europa darf nicht auf Kosten anderer Länder und anderer Menschen gesichert und gehortet werden. Europa hat Verantwortung für Schutzsuchende zu übernehmen. Dabei ist gerade das gemeinsame Vorgehen die Stärke Europas und muss das Ziel europäischer Politik bleiben.

Auch Migration innerhalb Europas ist in den Blick zu nehmen: Viele Menschen versprechen sich durch innereuropäische Migration beispielsweise eine bessere Daseinsfürsorge oder bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Migration darf in Europa nicht aus sozialen Zwängen und Chancenungleichheit geschehen, sondern aus freiem Willen. Der stärkere Fokus auf eine gemeinsame Sozialpolitik in Europa muss Menschen überall in Europa ein gutes Leben gewährleisten. Zu einem guten Leben gehört aber auch die Ermöglichung von Teilhabe. Hierfür sind insbesondere junge Menschen in den Blick zu nehmen. Die Strukturen der Jugendhilfe

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>

Beschluss des Hauptausschusses

Weiterentwicklung des Sozialstaates vom 23. Juni 2020

sind insbesondere jungen Migrant_innen zu öffnen. Dazu gehört auch der Ausbau der Hilfen zur Selbstorganisation, als ein Weg, in dem junge Migrant_innen ihre spezifischen Interessen selbstmündig gegenüber der Gesellschaft äußern können und Selbstwirksamkeit erleben.

Wir fordern...

- die Verantwortungsübernahme für ein gutes Leben in Europa und der ganzen Welt. Geflüchtete und Migrant_innen haben das Recht auf ein sicheres und chancengleiches Leben in Europa.
- junge Migrant_innen und Geflüchtete in den Blick zu nehmen und sie in die Strukturen der Jugendhilfe zu integrieren.
- die Angebote für junge Geflüchtete und Migrant_innen zu öffnen und sie in ihrer Selbstorganisation zu unterstützen.
- eine gemeinsame europäische Asylpolitik.

Europas Verantwortung für soziale Gerechtigkeit in der Welt

Junge Menschen zeigen sich solidarisch mit Kindern und Jugendlichen in der ganzen Welt. Wir tragen Mitverantwortung dafür, dass junge Menschen auch außerhalb Deutschlands in Lebensverhältnissen aufwachsen, in denen soziale Gerechtigkeit herrscht. So unterstützen wir die Forderungen nach einem Lieferkettengesetz: Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, menschenrechtliche Risiken in ihren Lieferketten zu analysieren und diesen vorzubeugen, sowie transparent darüber zu berichten. Außerdem müssen Unternehmen für die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten haften. Geschädigte müssen vor allen europäischen Gerichten, auch den nationalen Gerichten in Europa, ihre Rechte einklagen können.³

Bei der Diskussion um Freihandelsabkommen müssen die Sicherung von Arbeitsschutzstandards, Lohnniveaus, dem Recht auf Gewerkschaftsbildung und Diskriminierungsverboten unverhandelbare Bedingungen sein.

Wir fordern...

- die Einführung eines Lieferkettengesetzes.
- die Berücksichtigung von Arbeitsschutzstandards, Lohnniveaus, dem Recht auf Gewerkschaftsbildung und Diskriminierungsverboten bei der Diskussion um Freihandelsabkommen.

Gerechte Zugänge zu Wohlstand – Armut wirksam bekämpfen

In NRW lebt jede_r fünfte Minderjährige unter Armutsbedingungen. Ein Aufwachsen in Armut ist für Kinder und Jugendliche das größte Entwicklungsrisiko. Hierbei muss Armut komplex verstanden werden. Armut beeinträchtigt die Entfaltungsmöglichkeiten der betroffenen Kinder und Jugendlichen in materieller (z.B. Kleidung, Nahrung, Wohnen), sozialer (z.B. Freundschaften, familiäre Bindungen, soziale Kompetenzen) gesundheitlicher Hinsicht sowie ihre kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe. Trotz staatlicher Förderung (z.B. durch Kita-

³ <https://lieferkettengesetz.de/>

Ausbau, frühkindliche Förderung) ist dieser armutsbedingte Entwicklungsnachteil nach wie vor erheblich. Armut setzt sich in der Regel im Erwachsenenalter fort. Dadurch entsteht ein Teufelskreis, denn aus den armen Kindern werden die Eltern der Kinder, die wiederum in Armut aufwachsen.

Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Einführung einer auskömmlichen Kinder- und Jugendgrundsicherung. Diese muss bedingungslos erfolgen und darf nicht an eine Bedürftigkeitsprüfung geknüpft sein.

Gleichzeitig muss ein kontinuierlicher Ausbau von sozialer und kultureller Infrastruktur für Kinder und Jugendliche stattfinden. Dazu zählen beispielsweise öffentliche Einrichtungen wie Bibliotheken, Schwimmbäder, Schulen, Kitas, Kinder- und Jugendzentren etc. sowie ein gebührenfreies und hochwertiges Mittagessen in Schulen und Kindergärten.

Außerdem ist die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums Teil einer wirksamen Bekämpfung von Armut. Gerade einkommensschwache Familien sind auf günstige Mietwohnungen angewiesen. Doch sogenannte „Sozialwohnungen“ gibt es als Folge von Privatisierungen öffentlichen Eigentums immer weniger. Die so vorangetriebene Verstärkung „öffentlicher (staatlicher und kommunaler) Armut“ hat auch eine Verschärfung der „privaten Armut“ einkommensschwacher Haushalte zur Folge, da die Mietpreise unbezahlbar werden.

Diesem Trend ist entgegenzuwirken, der Ausverkauf öffentlichen Eigentums ist zu stoppen und der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus zu fördern. Das Mietpreisniveau ist auf kommunaler Ebene durch Eingriffe in den Markt sozial verträglich zu gestalten.

Wir fordern...

- eine auskömmliche, bedingungslose und nicht an eine Bedürftigkeitsprüfung geknüpfte Kinder- und Jugendgrundsicherung, die nicht als Feigenblatt missbraucht wird, um wohlfahrtsstaatliche Leistungen abzuschaffen.
- den kontinuierlichen Ausbau von sozialer und kultureller Infrastruktur.
- den Trend, öffentliches Wohneigentum zu verkaufen, zu stoppen und zusätzlich den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Außerdem muss das Mietpreisniveau sozial verträglich gestaltet werden.

Teilhabe

Teilhabe und Mitwirkung sind zwingende Voraussetzung für Chancengleichheit und gute Zukunftsperspektiven. Gleichzeitig sind sie ein Ergebnis dessen. Entscheidungen über z.B. kommunale Bildungslandschaften, Stadtentwicklung, Mobilität, Klimaschutz und Arbeitsmarktpolitik haben Auswirkungen auf junge Menschen. Die Perspektiven, Interessen und Vorstellungen junger Menschen werden hierbei immer noch viel zu selten berücksichtigt. Die Strategie einer eigenständigen und einmischenden Jugendpolitik muss darum weiterentwickelt und konkretisiert werden. Es braucht die politische Bereitschaft, in allen Politikfeldern die Frage nach Jugendgerechtigkeit stetig mitzudenken. Außerdem müssen mit strukturell verankerten Instrumenten Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen geschaffen werden, die möglichst vielfältige Zugänge ermöglichen.

Um sich einbringen zu können, brauchen Kinder und Jugendliche Freiräume – jenseits von schulischen Kontexten. Sie müssen über unverzweckte Zeit verfügen können, um ihre eigenen Interessen entdecken und ihnen nachgehen zu können. So wird gesellschaftliche und politische Beteiligung oft erst möglich.

Nicht zuletzt müssen Kinder und Jugendliche mobil sein, um ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Mobilität ist eine weitere Voraussetzung für gelingende Beteiligung und gesellschaftliche Teilhabe. Der ÖPNV muss daher weiter ausgebaut werden, vor allen Dingen im ländlichen Raum. Kinder und Jugendliche sind dabei direkt zu beteiligen. So wird sichergestellt, dass Mobilitätskonzepte vor Ort zur Lebensgestaltung junger Menschen passen. Außerdem darf Mobilität kein Luxusgut sein, sondern allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer finanziellen Situation zur Verfügung stehen.

Wir fordern...

- die konsequente Weiterentwicklung von einmischender und eigenständiger Jugendpolitik in NRW. Diese muss in einer Jugendstrategie verbindlich festgeschrieben und in klaren Instrumenten und politischen Mechanismen konkretisiert werden.
- die Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen auf 14 Jahre, um Teilhabe und Mitgestaltung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen.
- Freiräume jenseits von schulischen Kontexten, damit sich Kinder und Jugendliche politisch und gesellschaftlich beteiligen können.
- einen konsequenten Ausbau des ÖPNV, vor allen Dingen im ländlichen Raum. Außerdem fordern wir ein landesweit gültiges Jugendticket, das maximal 1 € pro Tag, also 365 € pro Jahr, kosten darf.

Arbeit

Nach der Schule spielt sich ein großer Teil des Lebens junger Menschen am Arbeitsplatz ab – sei es nach dem Studium oder schon während der Ausbildung. Starke Arbeitnehmer_innenrechte und staatliche Unterstützungsangebote sind dabei schon von Beginn an ausschlaggebend für soziale Gerechtigkeit, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, wirtschaftlichen Startbedingungen und Alter.

Der in der Öffentlichkeit erweckte Eindruck, dass es genügend Ausbildungsplätze gibt, ist nach wie vor nicht zutreffend. Nur rund ein Fünftel der Betriebe in NRW bildet überhaupt aus. Ende 2019 waren noch knapp 21.000 Bewerber_innen bei den Agenturen registriert. Dem standen 10.000 freie Plätze gegenüber. Neben der Privatwirtschaft steht aber auch die öffentliche Hand in der Verantwortung. Um flächendeckend ein breites Angebot an Ausbildungsplätzen zu schaffen, müssen deren Wirtschaftsbetriebe wie Stadtwerke, Verkehrsgesellschaften und die Müllentsorgung mehr in die Pflicht genommen werden. Auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollte als Kriterium die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen eine Rolle spielen.

Bei der Vergabe von Ausbildungs- und Studienplätzen dürfen nicht alleine schulische Leistungen ausschlaggebend sein. Ehrenamtliches Engagement, sei es im Jugendverband, in einem Freiwilligen Sozialen Jahr oder in anderen Bereichen, ist eine wichtige Stütze in der

Gesellschaft, bei der Kompetenzen über die schulische Bildung hinaus entwickelt und gestärkt werden. Das macht Menschen mit ehrenamtlichen Erfahrungen zu einer großen Bereicherung für die Ausbildungs- und Arbeitswelt. Um dieses Engagement und die Kompetenzen anzuerkennen, muss außerschulisches Engagement stärker bei der Vergabe von Ausbildungs- und Studienplätzen verbindlich und unabhängig von der Fachrichtung nach einheitlichen Standards berücksichtigt werden.

Immer noch verdienen Frauen ca. 21 % weniger Lohn als Männer. Diese Zahl stagniert seit vielen Jahren und die Gründe bleiben die gleichen: Viele Frauen erlernen Berufe, die schlechter bezahlt sind, arbeiten seltener in Führungspositionen und häufiger in Teilzeit oder in Minijobs. Doch selbst wenn man diese Faktoren herausrechnet, ergibt sich in Deutschland immer noch eine nicht zu erklärende Lohnlücke von sechs Prozent. Eine wirkliche Gehaltstransparenz, Tarife statt Gehälter auf Verhandlungsbasis, Quotenregelungen und eine bessere Bezahlung im sozialen Sektor sind dringend notwendige Instrumente, hin zu gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit und Zugänge in allen Branchen und Positionen, unabhängig des Geschlechts.

Menschen mit Behinderung ist der Weg zum 1. oder 2. Arbeitsmarkt häufig versperrt, auch wenn sie den Wunsch und die Fähigkeiten besitzen, in verschiedensten Branchen zu arbeiten. Gerade junge Menschen mit Behinderung werden dadurch in ihrer Berufswahl und ihren Entfaltungsmöglichkeiten extrem stark eingeschränkt. Unternehmen müssen konsequent dazu verpflichtet werden, Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung vorzuhalten.

Gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist ein gutes und zufriedenstellendes Arbeitsverhältnis von zentraler Wichtigkeit, um durch den damit verbundenen, erfolgreichen Einstieg ins Arbeitsleben sowie finanzielle Absicherung zu erhalten und nicht in die soziale Abwärtsspirale zu gelangen. Jedoch ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund der Zugang zum Arbeitsmarkt ungleich erschwert, da ihre Bewerbungen oft, trotz ausreichender oder gar sehr guter Qualifikation, aufgrund unterschwelliger oder offener Rassismen abgelehnt werden. Selbst nach einer Einstellung sind gezielte Diskriminierung und systematische Benachteiligung am Arbeitsplatz ständige Begleiter. Diese Ungleichstellung muss beseitigt werden. Eine stärkere Sprachförderung, die Ausweitung von Mentor_innenprogrammen an Schulen und Universitäten, die oben genannte Ausbildungsgarantie und eine wirkliche finanzielle Grundsicherung von Familien sind nur einige Instrumente, die den Zugang zum Arbeitsmarkt von jungen Menschen mit Migrationshintergrund erleichtern. Es muss jedoch bei der Entwicklung effektiver Maßnahmen viel stärker und aktiver die Perspektive von Menschen mit Migrationshintergrund einbezogen werden, da es diese sind, die von der Benachteiligung betroffen sind und daher realistischere Einschätzungen zum Bedarf an und Effektivität von Maßnahmen treffen können.

Wir fordern...

- die Einlösung der Ausbildungsgarantie.
- gleiche Gehälter für gleiche Arbeit, unabhängig vom Geschlecht.
- bessere Zugänge für Menschen mit Behinderung zum Arbeitsmarkt.

- eine stärkere Berücksichtigung von ehrenamtlichem Engagement bei der Ausbildungs- und Studienplatzvergabe.
- die Entwicklung von effektiveren Strategien und Maßnahmen für gleiche Zugänge zur Arbeit für Menschen mit Migrationshintergrund und gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz.
- verpflichtende Maßnahmen und Trainings für Arbeitgeber_innen zur Sensibilisierung im Sinne der Antidiskriminierung und des Diversitätsbewusstseins einzuführen.
- die Einbindung der betroffenen Gruppen bei politischen Entscheidungen

Bildung

Die Lebenslagen, Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen sind vielfältig, deshalb müssen auch Bildungsangebote und -orte breit gefächert sein. Auch der Blick auf die soziale Vielfalt ist hier von Bedeutung: Im Sinne des Inklusionsgedankens sind die besonderen Bedarfe aller Kinder und Jugendlichen zu beachten, um soziale Ungerechtigkeit schon früh zu minimieren. Bildung muss umfassend verstanden werden: Formale, non-formale und informelle Bildung sind unverzichtbare Erfahrungsräume für junge Menschen. Für alle drei Bereiche müssen entsprechende (Frei-)Räume im Leben von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Bildungsbiografien sind eng mit individuellen und sozialen Rahmenbedingungen verbunden. Es bestehen Abhängigkeiten von der Sozialisation. Bildung dient der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und Individualität und ist gleichzeitig Voraussetzung für soziale, kulturelle und politische Teilhabe. Bildung ist demnach nicht nur Grundlage der Selbstbestimmungsfähigkeit für die eigene Lebensgestaltung, sondern zudem für die Mitbestimmungsfähigkeit zur Gestaltung und Kritik der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse.⁴ Insofern sind auch die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit wichtige Bildungsorte. Im Sinne kommunaler Bildungslandschaften müssen alle Bildungsakteure vor Ort eng zusammenarbeiten, um individuelle Bildungsbiografien junger Menschen angemessen begleiten zu können.

Bildung und Erziehung sind Schlüsselmomente, um junge Menschen zu befähigen, ihr Leben selbstmächtig zu gestalten. Daran muss sich auch das Schulsystem orientieren. Dabei sind Kernaufgaben der Bildung die Ermöglichung von Teilhabe und die Persönlichkeitsentwicklung. Es muss hinterfragt werden, ob das dreigliedrige Schulsystem in seiner jetzigen Form und Ausstattung jungen Menschen noch das bieten kann, was sie dafür brauchen. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund werden z.B. häufig für eine Schule mit einem niedrigeren Bildungsabschluss empfohlen, als ihre Leistungen wiedergeben. Gerade Eltern aus bildungsfernen Schichten orientieren sich an dieser Empfehlung maßgeblich.

Gute Bildungsabschlüsse und Qualifikationen sind eine Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg ins Arbeitsleben. Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund sind von gravierender Benachteiligung und Diskriminierung in Bezug auf Bildungschancen betroffen. Aus dieser Benachteiligung resultiert oft, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund trotz guter Leistungen konsequent schlechter benotet werden, was in Extremfällen sogar zum

⁴ https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2018/12/Zukunftsplan_Bildungslandschaften_2018_lang_komprimiert.pdf

ungerechtfertigten Nichterwerb des Abschlusses führt. Auch sind rassistische Diskriminierung und Mobbing in der Schule ein häufig anzutreffendes Phänomen, welches die betroffenen Jugendlichen psychisch belastet und sich negativ in ihren Leistungen niederschlägt. Existierende Präventions- und Hilfsangebote sind unzureichend, mit hohen Hürden verbunden oder oft den Jugendlichen aufgrund der geringen Verbreitung erst gar nicht bekannt.

Wir fordern...

- die Bereitstellung von ausreichenden Ressourcen, um Bildung inklusiv gestalten zu können.
- die Schaffung von Freiräumen für junge Menschen, um non-formaler und informeller Bildung Raum zu geben.
- den Ausbau kommunaler Bildungslandschaften.
- die stetige Überprüfung und Anpassung des Schulsystems an die (Bildungs-) Bedarfe Kinder und Jugendlicher – vor allen Dingen im Hinblick auf Bildungsgerechtigkeit.
- den Ausbau und die Entfristung von Maßnahmen der Jugendhilfe hin zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit aller Kinder, wie z.B. die Hilfe zur Erziehung (§ 27 SGB VIII) und die konsequente Aufklärung über das Recht, sie in Anspruch zu nehmen.
- die Entwicklung von effektiveren Strategien und Maßnahmen auf institutioneller Ebene, um Bildungsgerechtigkeit für Menschen mit Migrationshintergrund zu ermöglichen und Diskriminierung in der Schule vorzubeugen. Dabei soll die Perspektive von Menschen mit Migrationshintergrund aktiv miteinbezogen werden.
- verpflichtende Maßnahmen und Trainings für Lehrer_innen zur Sensibilisierung im Sinne der Antidiskriminierung und des Diversitätsbewusstseins einzuführen bzw. stärkeren Fokus auf diese Themen beim Lehramtsstudium zu setzen.

Steuern

Das deutsche Steuerrecht ist mit vielen Ungerechtigkeiten behaftet. Gemessen an ihrer Leistungsfähigkeit tragen Superreiche, multinational tätige Konzerne und Topverdiener zu wenig zur Finanzierung unseres Gemeinwesens bei. Hingegen finanzieren die abhängig Beschäftigten über die direkten und indirekten Steuern den überwiegenden Teil der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen. Dennoch fehlen den öffentlichen Haushalten die ausreichenden finanziellen Mittel, um dem berechtigten Anspruch an einen modernen und handlungsfähigen Sozialstaat gerecht werden zu können. Insbesondere junge Menschen sind auf diesen angewiesen. Gerechte Steuern sind auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist notwendig, um diesen Ungerechtigkeiten zu begegnen. Trotz weit gediehener Verhandlungen zwischen mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter auch Deutschland, steht die politische Entscheidung zur Einführung der Finanztransaktionssteuer immer noch aus.

Wir wehren uns dagegen, dass Banken mit dem Verzicht auf eine Finanztransaktionssteuer erneut der rote Teppich ausgerollt werden soll. Ähnlich der britischen Börsensteuer (stamp

duty) und der deutschen Grunderwerbsteuer muss die Rechtmäßigkeit des Erwerbs von Wertpapieren an die Entrichtung der Steuer gebunden werden.

Um die Steuerlast gerechter zu verteilen, ist eine Vermögensteuer notwendig. Diese soll auf Nettovermögen mit einem Freibetrag von einer Million Euro pro Person entfallen. Altersvorsorgevermögen muss zusätzlich freigestellt werden. Der Steuersatz soll ein Prozent im Jahr betragen und auf zwei Prozent bei Milliardenvermögen ansteigen. Vermögen von Kapitalgesellschaften und anderen juristischen Personen soll bei diesen und bei den Anteilseigner_innen jeweils mit dem halben Satz besteuert werden. Die übermäßigen Begünstigungen der Erb_innen oder Beschenkten von großen Unternehmensvermögen – dazu zählen auch große Aktienanteile – sind abzuschaffen. Bei Nachweis von Zahlungsschwierigkeiten sind Stundungsregelungen hinreichend.

Wir fordern...

- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- eine Vermögensteuer.
- die Abschaffung von übermäßigen Begünstigungen von Erb_innen und Beschenkten.

Die Lebensbedingungen junger Menschen werden von vielen politischen Ebenen geprägt. Die Landesebene muss sich für eine Ebenen übergreifende Politik stark machen. Dabei müssen die Kommunen im Fokus stehen, die das unmittelbare Umfeld junger Menschen u.a. durch Wohnungspolitik, Stadtentwicklung, Bildungs- und Jugendpolitik prägen.

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen der letzten Jahre sind die Haushalte der Städte und Gemeinden, insbesondere im Ruhrgebiet, immer noch durch hohe Sozialausgaben und Altschulden stark belastet. Weil Geld und Personal fehlen, bleiben Investitionen in Schulgebäude und Infrastruktur aus, Bibliotheken, Bäder und andere Kultur- und Freizeiteinrichtungen müssen schließen. Gleichzeitig werden kommunale Abgaben, Steuern, Gebühren und Beiträge erhöht. Das ist gefährlich für unsere Gesellschaft. Genauso wie es während der Finanzkrise möglich war, in Windeseile Milliarden für die Rettung der Banken bereitzustellen, weil man sie als systemrelevant ansah, so muss es jetzt möglich sein, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern. Denn Kommunen sind systemrelevant – für Armutsbekämpfung, für Chancengleichheit, kurz: für unsere Demokratie.

Wir fordern...

- die Entschuldung der Kommunen!